



Newsletter Februar



News aus dem Bundestag und meinem Wahlkreis Kassel

Angesichts der Geschwindigkeit und Häufigkeit der Schlagzeilen im internationalen System könnte man fast meinen, das Jahr 2026 sei bereits beinahe vorbei – dabei ist der Januar gerade erst vergangen. Neben den vielen nationalen und internationalen Themen erfordert die Situation in den USA und die fortwährenden Drohungen Trumps weiterhin maximale Präsenz und Zusammenhalt der Europäer*innen.

Die Debatte um einen möglichen diplomatischen Boykott der Fußballweltmeisterschaft in den USA hat dabei im Januar medial große Wellen geschlagen. Einige Artikel habe ich unten verlinkt.

Im Januar hat sich der Menschenrechtsausschuss zu einer Reise zum Thema „Desinformation“ nach Finnland und Lettland begeben. Dort konnten wir wertvolle Beispiele und Erfahrungen im Umgang mit Fake News, insbesondere in Bezug auf russische Einflussnahme, sammeln.

Die Lage im Iran eskaliert weiter. Eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung hat gezeigt, dass die Deutsche Botschaft in Teheran auf unbestimmte Zeit geschlossen ist und derzeit nur bereits anhängige Visumanträge bearbeitet werden.

Auch die Universität Kassel hat ihre Besorgnis geäußert, dass Studierende und Wissenschaftler*innen aufgrund dieser Einschränkungen in erheblichem Maße gefährdet sind.

Diese und viele weitere Themen findet ihr in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer Boris



Einladung zum Pub-Quiz am
16.02. in Vellmar



Parteitag Grüne Hessen in
Marburg



Podiumsdiskussion
Sudanforum in Hannover

Aktuelles aus dem Bundestag

EU-Mercosur Abkommen vorläufig in Kraft setzen

In Zeiten von Handelskriegen und rücksichtsloser Großmachtpolitik ist es wichtig, neue wirtschaftliche Partnerschaften zu schließen, um unseren Außenhandel zu diversifizieren. Deshalb ist es von großer geopolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung, dass die EU-Kommission den Handelsteil des Abkommens der EU mit den Mercosur-Staaten – wie in vergleichbaren Fällen – in die vorläufige Anwendung bringt. Die Entscheidung des Europaparlaments das EU-Mercosur Abkommen zur rechtlichen Prüfung an den europäischen Gerichtshof (EuGH) zu überweisen, war mit Blick auf das politische Signal falsch. Doch es war keine Entscheidung gegen das Abkommen. Das Abkommen kann trotzdem ohne Verzögerungen vorläufig in Kraft treten. Dazu kommt, dass die polnische Regierung eine rechtliche Prüfung ohnehin angekündigt hatte. Es war ein Fehler, dass es unbeabsichtigt auch mit Stimmen der Rechtsextremen zu einer Mehrheit für die Prüfung kam. Die Brandmauer ist wichtig, es darf auf keiner Ebene eine Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen geben. Neben den Linken, den Rechten und der Mehrheit der Grünen/EFA Fraktion haben auch 43 Konservative, 34 Sozialdemokrat*innen und 24 Liberale für die rechtliche Überprüfung des Abkommens gestimmt. Das zeigt: Wir brauchen in der pro-europäischen Mitte verlässliche demokratische Mehrheiten, damit die Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen nicht bis zuletzt völlig unklar bleiben. In den Verhandlungen haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass Klimaschutz und der Schutz des Amazonas-Regenwaldes und anderer Ökosysteme sowie die Achtung von Menschenrechten eine zentrale Rolle in dem Abkommen spielen. [Weiter lesen...](#)

Finanzkriminalität bekämpfen - Geldwäsche und organisierte Kriminalität effektiv verhindern

Finanzkriminalität entzieht unserer Gesellschaft jedes Jahr Milliarden, verschärft soziale Ungleichheit und untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat. Der Allgemeinheit entgehen jedes Jahr über 100 Mrd. Euro allein durch Steuerhinterziehung – und das bei den dramatischen Finanzierungsnotwendigkeiten bei Sicherheit, Kitas oder der Bahn. Während die Bundesregierung Bürgergeldempfänger*innen, kranke Arbeitnehmer*innen und nun auch Teilzeitbeschäftigte unter Generalverdacht stellt, schaut sie bei massiver, organisierter Kriminalität im Nadelstreifenanzug wie bei Cum/Ex und Cum/Cum weg. Auch bei Geldwäsche ist die Regierung bisher untätig. Unser Antrag zeigt umfassend, was Finanzminister Klingbeil tun könnte, um Finanzkriminalität endlich effektiv zu bekämpfen: Behörden schlagkräftiger ausgestalten, Kompetenzen auf Bundesebene bündeln, eine Spezialeinheit für die Ermittlung international organisierter Steuerhinterziehung einrichten. Das alles fordern wir mit unserem Antrag. **Weiter lesen...**

Für eine Europäische Strategie der Gegenmacht - Für globale Regeln und Kooperationen

Das Völkerrecht, die jahrzehntelang stabile internationale Ordnung und der Multilateralismus sind massiven Attacken ausgesetzt. Statt auf Kooperation und Zusammenarbeit zu setzen, verschieben verschiedene Akteure aktuell die Grundpfeiler dieser Welt. Gemeinsame Regeln werden gebrochen, die Willkür der Skrupellosen wird zum dominierenden Prinzip. Putin zeigt mit seinem Angriffskrieg auf die Ukraine der Welt, wie er die europäische Friedensordnung brutal durch seine imperialistische Ideologie ersetzen will. Die Volksrepublik China verfolgt eine langfristige, gegen Demokratien und Menschenrechte gerichtete Strategie der wirtschaftlichen Macht, um die Weltordnung nach ihren Interessen umzugestalten und zu dominieren.

In seiner zweiten Amtszeit hat der aktuelle US-Präsident Donald Trump mit großer Entschlossenheit den Abbau internationaler Verpflichtungen vorangetrieben. Dazu gehört der Austritt der USA aus internationalen Organisationen und Abkommen. Mit dem Angriff auf Venezuela und offenen Drohungen gegenüber anderen Staaten hat Trump auch die Grundlagen des Völkerrechts, das auf der Achtung der Souveränität der Staaten beruht, fundamental in Frage gestellt. **Weiter lesen...**

Meine Arbeit im Bundestag



Mein Reisebereich zum Thema Desinformation mit dem Menschenrechtsausschuss in Lettland und Finnland

Finnland und Lettland sind zwei Länder, die zu bereisen ich herzlich gerne empfehlen möchte. Helsinki und Riga standen für den Menschenrechtsausschuss an, der sich in den letzten sechs Monaten intensiv mit dem Thema „Desinformation“ befasst hat. Im November hatte ich Euch schon von der Anhörung im Ausschuss berichtet, nun stand der Einblick in die praktische Arbeit mit Ländern an, die sich sehr stark aufgestellt haben. Vorneweg und grundsätzlich beeindruckend fand ich den gesellschaftlichen Konsens in beiden Ländern gegenüber dem Nachbarn Russland, aber vor allem das Vertrauen der Menschen in ihren Staat und die Institutionen wie Polizei, Justiz und Politik. Das Thema „Beeinflussung von öffentlichen Debatten“ und „Desinformation“ wurde unmittelbar im Zusammenhang gesehen, mit den hybriden Angriffen Russlands auf die Infrastruktur, auf Informationssysteme aber eben auch auf Unterseekabel in der Ostsee. Finnland hat eine sehr klare Aufgabenteilung und arbeitet integriert von der Aufklärung (was passiert wo) bis hin zu Maßnahmen, die nach zuständigen Behörden (Ämter, Polizei, Verteidigung, Militär) sehr klar ist. In Lettland besteht ein ähnlich stark strukturierter Ansatz, und es fiel mehrfach auf, dass hier Antworten auf Fragen vorlagen, die in Deutschland nicht mal gestellt wurden. Zum Beispiel ist die Frage von Bedrohungen von Außen auch eine Frage, wie stark das Militär nach innen wirken darf. Diese Frage wird fortlaufend geprüft, aber vorläufig klar beantwortet. **Weiter lesen...**



© Deutscher Bundestag / Inga Haar

Austausch mit Registrar Zavala Giler vom Internationalen Strafgerichtshof im Unterausschuss internationale Ordnung, Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Hoher Besuch in Berlin. Im deutschen Bundestag durfte ich den Registrar des Internationalen Strafgerichtshofes Herrn Osvaldo Zavala Giler und vom Büro der Staatsanwaltschaft, Herrn Xavier Aguirre Aranburu in einer gut besuchten Sitzung des Unterausschusses empfangen.

Im vertraulichen Gespräch erfuhren wir mehr über die Arbeit des Gerichtes, das Deutschland Ende der 1990er maßgeblich mit auf den Weg gebracht hatte. Und noch heute kraftvoll unterstützt. Erst im letzten Sommer wurde Kahled El Hirschi, ein libyscher Gefängnisdirektor, am Berliner Flughafen festgenommen und Ende des Jahres nach Den Haag überstellt. Herrn El Hirschi erwartet jetzt ein Verfahren vor allem wegen Misshandlung, Folter und Mord.

Auch bemerkenswert fand ich den persönlichen Bericht aus Den Haag, dass die Verkündung des Urteils gegen Ali Abd-Al-Rahman, einem Führer der Djandjeweeds, nach Darfur in den Sudan übertragen wurde. In dem heute wieder von Krieg und schwersten Verbrechen gebeutelten Land löste Meldung an vielen Stellen Genugtuung aus. Herr Abd-

Al-Rahman war seit 2007 per internationalem Haftbefehl gesucht worden, hatte sich 2019 gestellt und wurde nun in allen 31 Anklagepunkten schuldig gesprochen. Ebenfalls öffentlich bekannt sind die persönlichen Sanktionen gegen zwölf Mitarbeiter*innen des IstGh, die von Seiten der USA verhängt wurden.

Weiter lesen...



Klare Reaktion gefordert: Diplomatischer Boykott der Fußballweltmeisterschaft in den USA?

„Die Trump-Administration hat die USA systematisch zu einem Polizeistaat geformt [...]

und ein solcher ist kein geeigneter Austragungsort für die Fußball-WM und erst recht nicht für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2028" (**Augsburger Allgemeine-Artikel lesen**). Eine Fußball-WM steht traditionell für Weltoffenheit, für internationale Begegnung und ein friedliches Zusammensein aller Kulturen. Der freie Zugang und sichere Aufenthalt sollte für alle Spieler*innen, Offizielle und Fans möglich sein. In den letzten Tagen ging die Diskussion über einen möglichen diplomatischen Boykott der Fußballweltmeisterschaft durch die nationale und internationale Presse. Ich werde dabei häufig zitiert, denn ich finde Grundrechte dürfen nicht zugunsten sportlicher Großereignisse relativiert werden. Wenn jetzt eine Einreisesperre für Brasilien im Raum steht und sogar brasilianische Fans von der WM ausgeschlossen werden könnten, wird der WM-Gedanke zur Farce. „Ich würde mir vom Bundeskanzler oder vom Außenminister wünschen, dass er diese Debatte aktiver angeht.“ Daher habe ich bereits im vergangenen Herbst mit Anfragen an die Bundesregierung begonnen (**FAZ-Artikel lesen**).

"Die Bundesregierung muss jetzt eine belastbare Strategie vorlegen, wie sie deutsche Fans während Einreise und Aufenthalt bei der WM schützt und im Notfall unterstützt" (**Spiegel-Artikel lesen**). Dazu gehören klare Reise- und Sicherheitshinweise, erreichbare konsularische Anlaufstellen, transparente Informationen und belastbare Absprachen mit den zuständigen Behörden. Auch der DFB muss handeln und innerhalb der FIFA stärker für die Achtung der Menschenrechte in den USA eintreten, um den Diskussionen um einen sportlichen Boykott starke Haltungen der Fußballfamilie voranzustellen.



DW-News: Interview inwieweit Trump seine Drohungen bezüglich Trump wahr machen könnte

[Interview hier anschauen.](#)



Free Iran – Unsere Solidarität gilt der Zivilgesellschaft

Das Regime unter dem obersten Führer Ali Khamenei reagiert mit brutalster Unterdrückung und Gewalt auf die Proteste. Laut dem iranischen Exilmedium Iran International sollen mindestens 12.000 Menschen seit dem 28.12.2025 getötet worden sein. Die Dunkelziffer wird noch viel höher liegen. Die Bundesregierung muss sofort handeln:

- Sich sichtbar für die Freilassung der politischen Gefangenen einsetzen
 - einen sofortigen bundesweiten Abschiebestopp
 - Schutz für politische Verfolgte und Aktivist*innen gewährleisten
- Sich für eine Verlängerung des Mandats der unabhängigen Fact Finding Mission des VN-Menschenrechtsrates zu Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen einsetzen.



Visa-Anträge für Studierende und Wissenschaftler*innen aus dem Iran: Meine Schriftliche Frage an die Bundesregierung

Die Lage im Iran ist weiterhin undurchsichtig und angespannt. Unter anderem sind auch die deutschen Universitäten in großer Sorge wegen Fällen unbearbeiteter Visaanträge und der deutlich eingeschränkten Verfügbarkeit der Botschaftsdienstleistungen insbesondere für Studierende und Wissenschaftler*innen. Deshalb habe ich die Bundesregierung in einer

schriftlichen Frage zu diesem Thema befragt. Die Bundesregierung teilt mit, dass die Rechts- und Konsularabteilung der deutschen Botschaft in Teheran derzeit geschlossen ist. Aufgrund der angespannten und volatilen Sicherheitslage sowie stark eingeschränkter Kommunikationsmöglichkeiten werden aktuell nur bereits anhängige Visumanträge bearbeitet; Neuanträge können nicht angenommen werden. Das ohnehin reduzierte Botschaftspersonal wurde aus Sicherheitsgründen weiter verkleinert. Eine Rückkehr zum regulären Betrieb ist derzeit nicht absehbar. Zwar konnten zuvor durch die Einbindung eines externen Dienstleisters und die Verlagerung von Verfahren an das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden, insbesondere bei Studienvisa (angeblich +80 % im 4. Quartal 2025), doch fehlen absolute Zahlen. Zudem werden Bearbeitungszeiten nicht statistisch erfasst.

Angesichts der dramatischen Lage im Iran, in der insbesondere junge, freiheitsorientierte Menschen massiver Verfolgung ausgesetzt sind, ist das Engagement deutscher Universitäten für Studierende und Dozierende ein wichtiges Zeichen der Solidarität. Dem steht eine ausweichende Antwort der Bundesregierung zu Kapazitäten und Beschleunigungsmaßnahmen gegenüber. Bei aller berechtigten Sorge um die Sicherheit des Botschaftspersonals bleibt die Bundesregierung in der Verantwortung, praktikable Wege zu finden, um Visa-Anträge – besonders für Studierende und Lehrende – weiterhin anzunehmen und zügig zu bearbeiten. Denn für die Betroffenen zählt jeder Tag.



Meine Rede im Bundestag: Deutschlands Rolle bei der Verteidigung der internationalen Ordnung

Bei manchen Reden der AfD muss ich mich doch sehr wundern. Ich komme mir vor wie am Vorabend von 1914. Eine regelbasierte internationale Ordnung ist ja kein Selbstzweck. Es ist kein moralischer Überbau oder ein moralischer Anspruch, den wir aus reiner Langeweile nach außen tragen. Es ist in unserem Interesse, dass es diese Ordnung gibt, meine Damen und Herren, und deswegen müssen wir diese auch verteidigen. Wenn Sie am Wochenende Gelegenheit finden, bemühen Sie gerne Geschichtsbücher. Der Grund für diese internationale Ordnung sind bittere Erfahrungen aus zwei Weltkriegen. Die Vereinten Nationen fußen auf dem Gewaltverbot, eben weil wir gelernt haben, dass Aufrüstung an der Stelle zu mehr Krieg führt. Ein Verlust der Ordnung würde dazu führen, dass es mehr Gewalt und Kriege gibt, und das erleben wir gerade im Augenblick.

[Komplette Rede anschauen](#)



Grüne Bundestagsfraktion sammelt über 18.000€ für Aktion Deutschland Hilft

Die Situation ist ernst:

Über 300 Millionen Menschen weltweit sind aktuell auf humanitäre Hilfe angewiesen. Sie leiden unter Hunger, leben in Krisen- und Konfliktgebieten oder sind auf überlastete Gesundheitssysteme angewiesen. Gleichzeitig werden die Mittel für humanitäre Hilfe weltweit gekürzt – viele Hilfsorganisationen sind massiv unterfinanziert. Auch Deutschland leistet derzeit zu wenig, um dem entgegenzuwirken. Trotz intensiver Debatten im Bundestag hat die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für 2025 um mehr als die Hälfte reduziert und es auch für 2026 dabei belassen. Das Ergebnis ist das niedrigste Budget für humanitäre Hilfe seit 10 Jahren, obwohl die Bedarfe massiv gestiegen sind. Deshalb haben wir zum Ende des Jahres

2025 gemeinsam mit Aktion Deutschland
Hilft eine Spendenaktion ins Leben
gerufen. Insgesamt konnten wir eine
Spendensumme von 18.319,00€ erreichen.
Danke an alle, die sich beteiligt haben.



Spiegel: Grüne sprechen von Scheinwahlen in Myanmar

In Myanmar lassen die Militärs Abstimmungen bis Januar durchführen. Der Grünen-Außenpolitiker Boris Mijatović spricht von einer Farce und stellt eine Forderung an die Bundesregierung. Die erste Phase der Wahlen in Myanmar wurde in diesen Tagen durchgeführt, zwei weitere erfolgen im Januar. Es sind die ersten Urnengänge seit dem Putsch der Militärs vor fünf Jahren in dem südostasiatischen Land, dem früheren Burma. Nicht nur international steht das Verfahren in der Kritik. Der Grünen-Außenpolitiker Boris Mijatović sprach gegenüber dem SPIEGEL von »Scheinwahlen« und vor dem Hintergrund eines jüngsten Luftschlags der Militärs gegen ein Krankenhaus von »einer kaltblütigen Farce«. Der hessische Bundestagsabgeordnete, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags, wies in diesem Zusammenhang auf Kürzungen im Uno-Haushalt hin, die auch die Beobachtung der Menschenrechtslage in Myanmar betreffen könnten... [Den ganzen Artikel im Spiegel lesen](#)



Neujahrsempfang bei der
Europa-Union Kassel



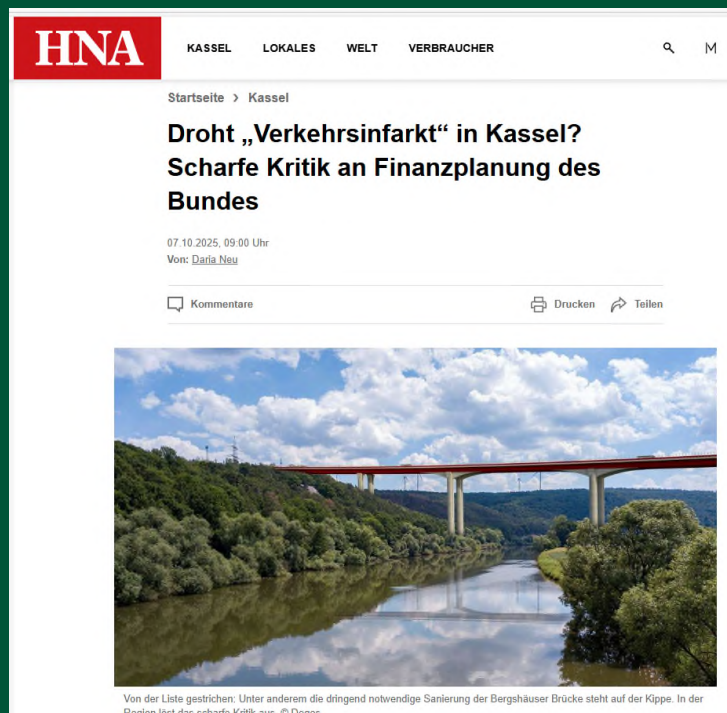
Präsidium beim Parteitag der
Grüne Hessen



Glühweinverkauf des
Kasseler Kochclubs für den
Guten Zweck

Meine Abstimmungen im Bundestag

Themen außerhalb des Bundestags



Schriftliche Frage zur Bergshäuser Brücke – Bundesregierung bleibt Antworten schuldig

In einer schriftlichen Frage an die Bundesregierung habe ich nach dem aktuellen Stand zum Neubau der Bergshäuser Brücke gefragt. Konkret wollte ich wissen, ob die erforderlichen Finanzmittel im Falle einer positiven Planfeststellung unverzüglich freigegeben werden, wie hoch die veranschlagten Kosten sind und welchen Zeitplan die Bundesregierung zugrunde legt.

Darüber hinaus habe ich nach den Maßnahmen gefragt, die für den Fall vorgesehen sind, dass die bestehende Brücke – deren rechnerische Restlebensdauer bis 2028 reicht – bereits vor der Freigabe eines südlich gelegenen Ersatzneubaus gesperrt werden muss. Besonders relevant ist dabei die Situation, falls das geplante Verteilungsbauwerk am Westkreuz Kassel noch nicht fertiggestellt ist und die begrenzte Aufnahmefähigkeit sowie zusätzliche Lärmemissionen der dann notwendigen Verkehrsführung berücksichtigt werden müssen.

Die Antworten der Bundesregierung lassen die Bürger*innen in Nordhessen jedoch weiterhin im Unklaren. Statt sich klar hinter das Projekt zu stellen und die im Sondervermögen für Infrastruktur vorgesehenen Mittel konkret zu beplanen, schafft die Bundesregierung keine Klarheit zur Finanzierung des dringend benötigten Neubaus. Dabei sind die Dringlichkeit und die möglichen Folgen der zeitlichen Verzögerung schon heute absehbar: Eine vorzeitige Sperrung der Bergshäuser Brücke hätte massive Auswirkungen auf die gesamte Region. Ein jahrelanges Verkehrschaos droht – ein Szenario, dem diese Bundesregierung offenbar sehenden Auges entgegenschreitet. Angesichts der langen Dauer des Planfeststellungsverfahrens und des intransparenten Agierens der Bundesregierung ist von dem angekündigten „Bauturbo“ bislang nichts zu spüren. Auch die Kostenkalkulation für den Brückenneubau aus dem September 2023 in Höhe von 375 Millionen Euro dürfte infolge der Verzögerungen inzwischen überholt sein.

Insgesamt hinterlässt die Bundesregierung damit kein überzeugendes Bild vor Ort und lässt Nordhessen mit seinen strukturellen Herausforderungen weitgehend alleine. **Meine ausführliche Frage sowie die Antwort der Bundesregierung findet ihr hier.**



Unterwegs am Infostand in
Wehlheiden



Prunk- und Galasitzung der
Kasseler Sparkasse



Austausch mit dem
Kreisbauernverband und
MdL Vanessa Gronemann
und MdL Sascha Meier



HNA: Wegen Trump: Kasseler
Bundestagsabgeordneter rät, "keine WM-
Spiele in den USA zu besuchen"

Die USA unter Präsident Trump sind nicht in einem Zustand, der die Ausrichtung der Fußball-WM verdient – das sagt der Grünen-Politiker Boris Mijatovic. Andere sprechen ganz offen von einem Boykott. Dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Boris Mijatovic geht es in diesen Tagen wie 2018 und 2022.

Schon damals verspürte der „leidenschaftliche Fußball-Fan“, wie sich der Kasseler selbst bezeichnet, angesichts „der aktuellen Entwicklungen in den USA“ keine Vorfreude auf die Weltmeisterschaften in Russland und Katar. Der Anhänger des KSV Hessen Kassel und des 1. FC Köln wird nicht zur WM reisen und rät allen Fußball-Fans, „keine WM-Spiele in den USA zu besuchen“. Damit ist Mijatovic nicht allein. Weil Trump unbedingt Grönland will und sich nicht mehr dem Frieden verpflichtet fühlt, wird nun über einen Boykott des Turniers diskutiert, das vom 11. Juni bis zum 19. Juli in den USA, Kanada und Mexiko stattfindet. Auch Mijatovic nimmt das Wort Boykott in den Mund. Er verweist auf Einreisesperren aus Brasilien, sodass Fans des Rekordweltmeisters ausgeschlossen werden könnten, und sagt: Bundeskanzler Friedrich Merz und Außenminister Johann Wadephul sollten auf diese Risiken reagieren „und notfalls zu einem diplomatischen Boykott der WM-Spiele in den USA“ aufrufen. Auch der DFB müsse innerhalb des Weltfußballverbands Fifa stärker für die Achtung der Menschenrechte in den USA eintreten. **Ganzen Artikel lesen...**

Besondere Termine im Februar/März

- 08.–11.02.2026 Reise u.a. mit Franziska Brantner nach Israel
- 12.–13.02.2026 Munich Cyber Security Conference
- 16.02.2026 Pub-Quiz in Vellmar mit Sascha Meier
- 18.02.2026 Team-Klausur in Berlin
- 19.–20.02.2026 Parlamentarische Versammlung der OSZE in Wien
- 21.02.2026 Neujahrsempfang KV Kassel mit Britta Haßelmann im Hallenbad Ost
- 23.–27.02.2026 Sitzungswoche in Berlin
- 01.03.2026 Neujahrsempfang KV Fulda im antonius Cafe Fulda
- 02.–06.03.2026 Sitzungswoche in Berlin
- 06.03.2026 Austausch mit Tarek Al-Wazir in Kassel
- 12.03.2026 Austausch mit Katharina Dröge in Kassel
- 15.03.2026 Kommunalwahl in Hessen

[Meine Website besuchen](#)



Boris Mijatovic MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
boris.mijatovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kassel

Sickingenstraße 7-9
34117 Kassel
boris.mijatovic.wk@bundestag.de

Bürger*innenbüro Fulda

Rabanusstraße 35
36037 Fulda
boris.mijatovic.ma07@bundestag.de

[Newsletter abbestellen](#)

